Betrifft : Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb
Hier : Angaben zur Bekanntmachung einer Ausschreibung
Gewerk : Instandsetzung von Bestuhlung und Wartung und Instandsetzung der Stuhlaufnahmevorrichtung mit Schiebefunktion im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes nach DIN 18360 (Metallbauarbeiten)

Beschränkte Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb von Bauleistungen VOB, Teil A, Berlin

a)	Auftraggeber:	Deutscher Bundestag -Verwaltung- Stabsstelle ZTGM Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (030) 227-31086 Telefax (030) 227-36018
b)	Vergabeverfahren:	Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach VOB/A § 3 Nr. 1 Abs. 2 **Vergabe-Nr. ZT-GM/T50-04/024** ***(bitte stets angeben)***
c)	Art des Auftrags:	Rahmenzeitvertrag
d)	Ausführungsort:	Reichstagsgebäude
e)	Art und Umfang der Leistungen:	Instandsetzung von Bestuhlung und Wartung und Instandsetzung der Stuhlaufnahmevorrichtung mit Schiebefunktion im Plenarsaal als Metallbauarbeiten nach DIN 18360.
f)	Aufteilung in Lose:	Nein
g)	Erbringung von Planungsleistungen	Nein
h)	Ausführungszeitraum:	15.03.2005 bis 14.03.2010
j.)	Ablauf der Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme	**30.12.2004** (Eingangsstempel)
k)	Anschrift an die die Anträge zu richten sind:	Deutscher Bundestag, Verwaltung Stabsstelle ZTGM Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (030) 227-31086 Telefax (030) 227-36018
l)	Abfassung des Angebotes:	Deutsch
m)	Aufforderung zur Angebotsabgabe, Tag der spätesten Absendung	**20.01.2005**
n	Geforderte Sicherheiten:	Keine
o)	Zahlungsbedingungen:	Gemäß Verdingungsunterlagen

p) Geforderter Eignungsnachweis:

Dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Nachweise und Erklärungen beizufügen:

1. Angaben zum Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) a)
2. Ausführung von **vergleichbaren** Leistungen, **wie Wartung und Instandsetzung von lineargeführten Anlagen und Werkzeugbau** in den letzten 3 Geschäftsjahren **unter Benennung des Objektes, des Auftraggebers mit Ansprechpartner und Telefonnummer** (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) b)
3. Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Berufsgruppen (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) c)
4. Angaben zur technischen Ausrüstung (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) d)
5. Angaben zu dem für die Leitung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) e)
6. Nachweis über die Eintragung in das Berufsregister (VOB/A § 8 Nr. 3 (1) f)
7. Freistellungsbescheinigung
8. Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes/Eigenerklärung
9. Bescheinigung der Berufsgenossenschaft/Eigenerklärung

Das Fehlen der unter 1 - 9 genannten *(aktuellen und gültigen)* Nachweise/Erklärungen führt zur Nichtberücksichtigung bei der Angebotsaufforderung.

Ein Gewerbezentralregisterauszug und ein Nachweis der Haftpflichtversicherung mit Angaben zum Versicherungsunternehmen und der Deckungssummen sind auf Verlangen der Vergabestelle bis zum Ablauf der von der Vergabestelle zu setzenden Frist nachzureichen, bei Nichtvorlage wird der Teilnahmeantrag ebenfalls nicht berücksichtigt.

•

q) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote.

Es sind keine zugelassen.

r) Beschwerdestelle:

Deutscher Bundestag
-Verwaltung-
Frau Referatsleiterin ZA 4
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227-30538
Telefax (030) 227-36040